

FAZIT

Diese Überlegungen in einem knappen Fazit resümierend, kann man festhalten: Die Wikipedia ist keine politische Organisation, aber eine Organisation der Politik. Damit will ich sagen, sie gehört unterdessen zum Begriff der Öffentlichkeit, wie er sich im bürgerlichen Zeitalter herausgebildet hat, und hat gute Voraussetzungen, ihre Rolle darin zu festigen. Sie hat es geschafft, sich von ökonomischen Interessen freizuhalten, sie hat es geschafft, einen Diskurs zu installieren, der die Werte demokratischer, liberaler Gesellschaften reflektieren kann, sie hat es vor allem geschafft, ein weltweites Publikum zu finden, das darauf setzt, in der Wikipedia unabhängige Informationen zu finden. Sie hat die ersten schwierigen Hürden im Prozess der Institutionalisierung genommen und hat aus der ersten großen Krise um Werbefinanzierung gelernt und Fehler nicht wiederholt. Sie hat eine Trägerorganisation gebildet (Wikimedia), die wirtschaftlich agieren, aber inhaltlich der Community nicht ›reinreden‹ darf. Sie hat Vandalismus und interessengesteuertes Schreiben auf ein erträgliches Maß begrenzen können. Und sie hat vor allem den größten Bürokratisierungsprozess im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts ohne kritische Mitgliedereinbußen bewältigt. Nun wird es darum gehen, die weibliche Hälfte der Bevölkerung angemessen zu repräsentieren, in vieler Hinsicht diverser zu werden, vor allem aber nicht in Bürokratie zu erstarren, sondern einen echten Diskurs zu etablieren, in dem nicht nur um korrekte Regelauslegung gefeilscht wird, sondern über Sachfragen inhaltlich debattiert werden kann. Dazu müsste die Wikipedia sich als die Diskursgemeinschaft begreifen, die sie in vielerlei Hinsicht durchaus ist.

Elemente einer diskurstheoretischen Bestimmung der Wikipedia habe ich in dieser Arbeit zusammengestellt. Die Wikipedia wäre als zweistufiges Konzept zu fassen. Auf der unteren Ebene werden die strittigen Fragen nach dem Prinzip »Standpunkte sind darzustellen, ohne einen davon einzunehmen« bearbeitet. Dies kann als die recht problemlos funktionierende Ebene der Wikipedia-Bürokratie verstanden werden, die im Sinne Toulmins feld-

spezifische Argumentationen ermöglicht, die über das institutionelle Konzept der Online-Enzyklopädie abgesichert sind. Darüber liegt die Ebene des Meta-standpunktes. Hier greift das von Tkacz als »innere Wahrheit« beschriebene bürokratische Verfahren nicht mehr - ein Durchgreifen auf die Wahrheit in der Welt draussen, eine Beteiligung an den Wahrheitskämpfen »da draussen« wird ebenso notwendig, wie ein Bezug zu allgemeinen Rationalitätskriterien. Dies ist der Punkt, an dem die Argumentationstheorie zur Diskurstheorie erweitert werden muss. Dieser Diskurs ist ein verdeckter praktischer Diskurs, dessen normative Problemstellungen in die Faktendarstellungen eingelassen sind. Sie müssen von den Diskursbeteiligten herauspräpariert werden, was immer dann geschieht, wenn kontroverse Positionen in der Community faktisch vertreten sind und nicht durch die Anwendung bürokratischer Regeln aus der Wikipedia verjagt werden. Die von mir vorgeschlagene Diskurstheorie setzt auf Teilnehmerinnen, die nicht statisch konzipiert sind. Sie haben eine Geschichte im Rücken und einen Bildungsprozess vor sich. Allgemeiner offener Zugang und die Abwesenheit von Machtmitteln, wenn es um inhaltliche Fragen geht, sind kontrafaktische Voraussetzungen des Diskurses, dessen Idealität als Fluchtpunkt gedacht ist. Auch wenn der ideale Diskurs, so wie Habermas ihn am umfassendsten konzipiert hat, auf authentische, sich selbst gegenüber ehrliche Teilnehmer setzen muss, kann an dieser Stelle darauf verzichtet werden, diese zur Bedingung zu machen. Strategisches Handeln ist in der Wikipedia nicht per se ausgeschlossen, kann es auch gar nicht sein. Hierfür müsste es Verfahren geben, solches zu erkennen und Sanktionsmittel, um es zu unterbinden. Die Möglichkeiten der Online-Enzyklopädie sind diesbezüglich auf Fälle offensichtlichen Betrugs, das Agieren mit Sockenpuppen und nicht deklariertes Schreiben durch bezahlte Profis beschränkt. Aus diskurstheoretischer Sicht ist es etwas bedauerlich, dass das Beauftragen professioneller Schreibkräfte im eigenen Interesse nicht ebenso untersagt ist, wie das Agieren mit Sockenpuppen, oder dass es nicht wenigstens eine Deklarationspflicht für bezahltes Schreiben am Frontend der Wikipedia gibt, welche auch die gezahlten Gehälter beziffert. Derzeit ist lediglich ein auf den Userseiten versteckter Hinweis ohne nähere Information im Autorenportal verpflichtend.³²⁴ Damit ist strategisches Agieren systematisch vorgesehen und nicht nur akzidentiell, es könnte sich wie auf anderen Plattformen in Richtung einer

324 https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Wikipedia:Bezahltes_Schreiben&oldid=234527051

zweiten Spielbedingung entwickeln und so die Sinnressourcen der ›peerproduction‹ unterspülen. Hier kann in der Zukunft allerdings mit Nachbesserungen gerechnet werden, da der öffentliche Druck auf Internetplattformen Schleichwerbung zu deklarieren zunimmt. Im Übrigen ist die Existenz strategischen Handelns generell nicht weiter tragisch. Wichtiger ist, dass Wahrheitssuche die Spielbedingung bleibt und nicht zur bloßen Erfolgsbedingung wird. Im Gerichtsverfahren ist solches über Verfahrensregeln, aber auch über die Rolle des Richters, der Entscheidungen fällt, gesichert. In der Wikipedia wird nicht entschieden. Vielmehr garantiert hier die Unabgeschlossenheit des infiniten Prozesses, dass eine strategische Einflussnahme zumindest à la longue nicht von Erfolg gekrönt sein kann, was eine solche unattraktiver macht. Die Sicherung des Erreichten gestaltet sich in der Online-Enzyklopädie aufwändiger als die einmal erfolgreich lancierte Falschinformation oder Werbebotschaft. Einzig die ungeheuren Budgets der großen ökonomischen und politischen Player sind eine Bedrohung, denn auch die nachhaltige Pflege einer Artikelseite, lässt sich einem bezahlten Dienstleister übertragen.

Bezüglich des Diskurses arbeitet die Wikipedia mit einem Doppelgesicht. Sie produziert zu jedem Zeitpunkt eine eindeutige Artikelversion am Frontend, während im Hintergrund die Differenzen bearbeitet werden. Wenn die Online-Enzyklopädie sich selbstbewusst auch als Diskursgemeinschaft begreifen möchte, müsste sie diese scharfe Trennung zwischen Frontend und Backend aufweichen. Sie sollte die Diskussionen aufbereiten, das heißt strukturieren, systematisch ordnen und zugänglicher machen. Der Gefahr immer weiter ausufernder und immer redundanter werdender Diskussionen könnte man mit einer Strukturierung derselben und der Sortierung von Argumenten entgegenwirken. Vielleicht bräuchte es speziell für diese Rolle doch so etwas wie Moderatoren oder Salonières des virtuellen Raumes.

Wenn es im ersten Jahrzehnt der Wikipedia darum ging, sich überhaupt zu etablieren, im zweiten darum, sich als seriöses Nachschlagwerk zu festigen, so könnte es im dritten Jahrzehnt darum gehen, sich als öffentlicher Raum, und das heißt als Diskursraum, den angemessenen und zeitgemäßen Platz an jenem Ort zu sichern, dessen Herausbildung Habermas 1962 als »bürgerliche Öffentlichkeit im 18. Jahrhundert« rekonstruiert hat. Sie könnte ihren Beitrag zu dem leisten, was er im Schlusssatz dieser Arbeit als vorsichtige Hoffnung formuliert hat:

»Am Strukturwandel der bürgerlichen Öffentlichkeit lässt sich studieren, wie es vom Grad und der Art ihrer Funktionsfähigkeit abhängt, ob der Vollzug von Herrschaft und Gewalt als eine gleichsam negative Konstante der Geschichte beharrt – oder aber, selber eine historische Kategorie, der substantiellen Veränderung zugänglich ist.«
(Habermas 1990 [1962], 359)

Sieht man die Wikipedia in diesem Sinne als wichtigen Pfeiler dessen, was im digitalen Zeitalter Öffentlichkeit bedeuten kann, dann lässt sich die Frage: »Ist die Wikipedia politisch?«, mit dem Satz beantworten: Die Wikipedia hat keine politische Mission, aber sie ist eine.